

Pressestatement

Dr. Franz Segbers, Sprecher des Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz

Armut fällt nicht vom Himmel, sondern wird gemacht. Wer Armut und Ausgrenzung verhindern will, der muss sein politisches Handeln auch einem „Armutstest“ unterziehen. Damit die Benachteiligung von Frauen verhindert wird, gibt es das „Gender mainstreaming“. Genauso brauchen wir ein „Poverty mainstreaming“, also eine Überprüfung, wie sich Gesetze auf die Ausbreitung oder Abschaffung von Armut und Ausgrenzung auswirken. Das haben die Kirchen in ihrem berühmten Sozialwort bereits 1997 gefordert. Dort heißt es: „In der Perspektive einer christlichen Ethik muss darum alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt.“

Die Landesarmutskonferenz hatte vor vier Wochen in einer Pressekonferenz die Mainzer Erklärung zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung vorgestellt. Wir hatten diese Erklärung den Parteivorsitzenden von CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Partei DIE LINKE zugeschickt. Wir hatten sie gebeten, diese Erklärung den Kandidaten und Kandidatinnen für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz ihrer jeweiligen Partei zuzuschicken.

Wir bedanken uns bei den zahlreichen Politikerinnen und Politikern aus SPD, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und der Partei DIE LINKE für ihr klares Bekenntnis, sich zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung einzusetzen. Wir bedauern, dass sich kein einziger Politiker, keine einzige Politikerin von CDU und FDP, die sich jetzt zur Wahl stellen, bereit waren, dieser Verpflichtung zu stellen. Was bedeutet diese Verweigerung? Ich frage: Wo ist der ehemals so starke christlich-soziale Flügel in der CDU? Wie hält es die CDU, die so gern vom christlichen Menschenbild spricht, mit dem ethischen Maßstab, wie ihn die Kirchen als zentral formuliert haben? Als Theologe und Sprecher der Landesarmutskonferenz will ich nicht verschweigen, dass ich darüber sehr enttäuscht bin. Ich hätte dieses Schweigen nicht für möglich gehalten. Wer hier schweigt, der will sein Handeln offensichtlich nicht dem Armutstest unterziehen.

Es geht auch anders, wie einige Schlaglichter zeigen: Der Spitzenkandidat der SPD, Ministerpräsident Kurt Beck, hat seine Unterschrift folgendermaßen begründet: „Die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung ist für mich ein zentraler politischer Auftrag. Armut in der Gesellschaft dürfen wir nicht zulassen, denn sie ist mehr als fehlendes Geld: Sie hat fehlende Teilhabe zur Folge, weniger Entfaltungsmöglichkeit und erschwert den Zugang zu Bildung, Kultur und Sport - kurz: zum gesellschaftlichen Leben. Wer Armut bekämpfen will, darf den Maßstab für ein menschenwürdiges Leben nicht nach unten definieren. Dass Ziel muss sein, dass möglichst alle von eigener Arbeit leben können. Dazu brauchen wir gute Löhne, einen ungehinderten Zugang zu Bildung, eine solide soziale Absicherung und echte Teilhabechancen.“

Mitglieder: Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Pfalz•Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Rheinland•Armut und Gesundheit in Deutschland e.V. •Caritasverband für die Diözese Limburg •Caritasverband für die Diözese Mainz e.V. •Caritasverband für die Diözese Speyer e.V. •Caritasverband für die Diözese Trier e.V. •Der Paritätische Landesverband Saarland/Rheinland-Deutscher Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz•Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. •Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Rheinland-Pfalz•Diakonisches Werk in Hessen und Nassau e.V. •Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. •Die Tafeln Landesvertretung Rheinland-Pfalz•Diözesancaritasverband für das Erzbistum Mainz e.V. •Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz•Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz•Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz•KAB Diözesanverband Mainz•KAB Diözesanverband Trier•LAG Soziales und Hartz IV Rheinland-Pfalz•Landeserwerbslosenkonferenz Rheinland-Pfalz•Verband Alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Forschungsbereich: Detlef Baum (Institut für Sozialpädagogische Forschung)•Andreas Geiger (Landeserwerbslosenkonferenz RLP)•Franz Segbers (Diakonisches Werk in Hessen und Nassau e.V.)•Gerhard Trabert (Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.)•Gabriele Weber (Deutscher Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz)

Sprecher: Franz Segbers•Gerhard Trabert

Geschäftsstelle: Landesarmutskonferenz RLP•c/o LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz•Bauerngasse 7•55116 Mainz
Fon:+49-6131-224608•Fax:+49-6131-229724•EMail:info@liga-rp.de

Andere Politiker und Politikerinnen fordern die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, bessere Kinderbetreuung und gleichen Lohn für Männer und Frauen, so Eveline Lemke, Parteivorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Rheinland-Pfalz, Ahrweiler. Andere bekräftigen, sich der Bekämpfung der Ursachen von Armut zuzuwenden.

„Es reicht nicht, Armut zu bekämpfen, sondern die Ursachen müssen beseitigt werden“ so Elke Theisinger-Hinkel, DIE LINKE, Mainz, Mitglied des Landesvorstands.

Diese und weitere Äußerungen von Landespolitikern und Landepolitikerinnen, die sich in der Pressemappe finden, zeigen: Man weiß was zu tun ist. Jetzt kommt es darauf an, dass den Worten und der Einsicht auch Taten folgen werden. Die Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz wird nach der Wahl aufpassen, dass diese Bekundungen, Armut zu bekämpfen, nicht leere Worte bleiben. Denn Armut muss nicht sein. Armut kann verhindert werden, wenn die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung endlich auf die Tagesordnung der Politik gesetzt wird. Und genau das erwarten wir von der zukünftigen Landesregierung.

Mainz, 25. März 2011